

R2 - 21. Okt. 2000

CDU: Stadt ignoriert Umland

Verkehrsdebatte im VG-Rat / Regionalschule: Verzögerte Zuschüsse

VG BODENHEIM - Die Blechlawine, die sich täglich durch die fünf Ortsgemeinden der VG zwingt, lässt bei Kommunalpolitikern Alarmglocken schrillen. Die Diskussion um die Fortschreibung des Flächennutzungsplanes nutzte der Verbandsgemeinderat daher zu einer Verkehrsdebatte.

Von
Thomas Ehlke

Ein von der SPD eingebrachter Antrag zur Erstellung eines Generalverkehrsplanes stieß bei Verwaltung und Fraktionen auf ein positives Echo. Über Details zur Auftragsvergabe an ein Ingenieurbüro soll nun nach einmütigem Ratsbeschluss der Ausschuss beraten. „Das Maß dessen, was erträglich ist, ist erreicht“, begründete Thomas Glück seitens der Sozialdemokraten den verkehrspolitischen Vorstoß, der den Weg aus der bestehenden Misere weisen soll.

Harsche Kritik an der Stadt Mainz übte die CDU. Als „Haupt-sündenfall“ für die Verkehrssituation bezeichnete Dr. Gottfried Heckelsmüller den „von der Stadt Mainz über Jahre verschleppten Ausbau des Mainzer Rings“. Ein weiterer „Sündenfall“ sei die Tatsache,

dass die Stadt die Interessen des Umlandes ignoriere. Als Beispiel führte Heckelsmüller den Ausbau der Rheinhessenstraße an. CDU-Fraktionschef Jakob Lang sprach sich dafür aus, in Sachen L 425-Ausbau die Landtagsabgeordneten verstärkt einzuschalten.

Während Michael Christ (FWG) eine große Umgehung der VG-Gemeinden statt einzelner örtlicher Lösungen favorisierte, plädierte Hans-Christoph Schultz (FDP) dafür, mit dem Bau der Ortsrandstraße nicht das „Nadelöhr Bodenheim“ zu beseitigen und damit in Gau-Bischofsheim ein neues zu schaffen.

VG-Chef Gerhard Krämer hatte eine schlechte Nachricht zu verkünden: das Land wolle von den bewilligten 1,9 Millionen Mark für die Erweiterung der Regionalschule in Nackenheim in diesem und dem

VG-Ratsbeschlüsse in Kürze

- ❑ Grünes Licht gab der VG-Rat bei Gegenstimmen von Thomas Glück und Volkhard Felgner (beide SPD) für die Vertragsänderung zur Errichtung eines Caritas-Zentrums für ältere Menschen.
- ❑ Die Verwaltung wird mit dem Planer der Neugestaltung des Bodenheimer Grundschulhofes nochmals über die Einhaltung des Kostenrahmens verhandeln. Gelingt keine Reduzierung der Angebotssumme von 392 000 Mark soll diese in den Nachtrag eingestellt werden.
- ❑ Mit der von der SPD monierten Kostensteigerung beim Bau des Nackenheimer Feuerwehrgerätehauses wird sich

nächsten Jahr nur 900 000 Mark auszahlen. „Es ist eine Unverschämtheit, was hier das Land mit den Kommunen tut – wir sind doch keine Bank“, kommentierte CDU-Sprecher Lang erbost. Eine Vorfinanzierung über Jahre hinweg sei von der VG nicht zu verlangen.

Krämer merkte an, dass die nach dem Schulgesetz unabweisbaren Zuweisungen üblicherweise nach Baufortschritt gezahlt würden. Von daher sei

das Land sogar verpflichtet, die Gelder anzuweisen. „Wir können es uns politisch nicht leisten, die Schule nicht zu bauen“, beschrieb Krämer die Zwickmühle, in der sich die VG nun befindet.

Thomas Glück (SPD) teilte zwar die Kritik grundsätzlich, warb aber mit Blick auf die Vielfalt der Schulbauprojekte und die enormen Investitionen, die hier zu tätigen seien, um Verständnis für das Land.